



Samtgemeinde Fintel  
Samtgemeindebürgermeister

-10 24 33-

13. Ratsperiode 2021-2026  
Lauenbrück, den 21.02.2023

Niederschrift über die 4. Sitzung **des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend am 15.02.2023** im **Ratssaal, Berliner Straße 3, 27389 Lauenbrück.**

Beginn: 19:02 Uhr  
Ende: 20:52 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Tobias Koch

Samtgemeindebürgermeister

Herr Sven Maier

Ratsmitglieder

Herr Claus Aselmann (für Merten Lüdemann)

Herr Ulrich Brunkhorst

Herr Jochen Intelmann

Frau Ines Kleuter

Herr Hans-Jürgen Schnellrieder

Frau Sabrina Zimmer

Beratende Mitglieder

Frau Janine Boelter

Frau Mareen Meyer

Frau Daniela Poltrock

Herr Pastor Lars Rüter

Protokollführerin

Frau Svetlana Claassen

Abwesend:

Beratende Mitglieder

Frau Silvia Poort

Herr Wilhelm Tödter

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend am 17.11.2022**
- 3 **Einwohnerfragestunde**
- 4 **Bericht aus den Kindertagesstätten: Vorstellung der Kindertagesstätte Alte Post in Lauenbrück und der Kindertagesstätte Zwergenhöhle in Stemmen**
- 5 **Sachstandsbericht KiTa-Planung 2023/2024  
Vorlage: 014/2023**
- 6 **Gebührenrückerstattung KiTa  
Vorlage: 015/2023**
- 7 **Neufassung der KiTa-Satzung  
Vorlage: 101/2022**
- 8 **Neufassung Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung  
Vorlage: 016/2023**
- 9 **Kooperationsvereinbarung mit dem Verein Hundefreunde Lauenbrück e.V.  
Vorlage: 013/2023**
- 10 **Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters**
- 11 **Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**
- 12 **Einwohnerfragestunde**

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Koch eröffnet die Sitzung um 19:02 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse und insbesondere die zahlreich anwesenden Zuhörer. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird bestätigt.

### **TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend am 17.11.2022**

Die Niederschrift über die Sitzung am 17.11.2022 wird einstimmig bei zwei Enthaltungen genehmigt.  
Ausschussmitglied Zimmer nimmt ab 19:03 Uhr an der Sitzung teil.

### **TOP 3: Einwohnerfragestunde**

Ein Zuhörer interessiert sich vor dem Hintergrund der möglichen Schließung der Waldkindergarten- Gruppe in Helvesiek für die Kosten, diesen für ein weiteres Jahr aufrecht zu erhalten. Er bedauere diese mögliche Entscheidung und möchte weiterhin wissen, ob diese Möglichkeit der Betreuung ausreichend in allen Mitgliedsgemeinden beworben wurde.

Laut Meinung von FD- Leiterin Seifer sei den Eltern der Samtgemeinde die Waldgruppe ausreichend bekannt. Ob auch Elternteile aus den weiter entfernten Gemeinden wie Fintel den Weg auf sich nehmen möchten, vermag sie nicht zu beurteilen. Die Kosten für eine Weiterführung von einem Jahr könne sie ad hoc nicht beziffern.

Sie erklärt weiterhin, dass die Auslastung der Waldgruppe auch in den vergangenen Jahren sehr unstet war und dieser besonderen Möglichkeit der Betreuung immer wieder eine Chance eingeräumt wurde. Leider wurden auch jährlich, zumeist im Herbst, Anträge gestellt, Kinder der Waldgruppe in die KiTa „Bärenhöhle“ zu versetzen. Die Eltern und Kinder hatten oft andere Vorstellungen und Erwartungen an die Waldgruppe. FD- Leiterin Seifer erklärt zudem, dass die Gruppe nicht als Ausweichmöglichkeit aufgrund der knappen Platzkapazitäten genutzt werden könne, da die Rahmenbedingungen dieser nicht dem Rechtsanspruch entsprächen.

Ausschussvorsitzender Koch regt an, die Kosten für eine weitere Aufrechterhaltung von einem Jahr mit dem Protokoll nachzureichen.

#### Anmerkung zum Protokoll:

*Die Kosten werden schnellstmöglich von der Verwaltung zur Verfügung gestellt.*

<b>TOP 4: Bericht aus den Kindertagesstätten: Vorstellung der Kindertagesstätte Alte Post in Lauenbrück und der Kindertagesstätte Zwergenhöhle in Stemmen</b>
---

Ausschussvorsitzender Koch übergibt für diesen Tagesordnungspunkt an KiTa- Leitung Frau Runge von der Kindertagesstätte „Alte Post“ in Lauenbrück.

Diese stellt anhand einer Präsentation und eines Videos die Kindertagesstätte und deren Räumlichkeiten vor.

Das Kollegium, bestehend aus Erziehern und deren Vertretungskräften sowie Hauswirtschafts- und Reinigungskräften, kümmere sich dort um mittlerweile 60 Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren. KiTa- Leiterin Runge verdeutlicht weiterhin das Prinzip der „offenen Arbeit“. Diese bedeute nicht, dass es keinerlei Regeln gebe, sondern vielmehr, dass alle Kinder selbstständig entscheiden, was sie gerade wo tun möchten. Von besonderer Bedeutung ist weiterhin das Erlernen der Lösung von Konflikten. In der Kindertagesstätte „Alte Post“ werde der komplette Alltag von den Kindern mitgestaltet.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine weiteren Fragen zur Präsentation von KiTa- Leiterin Runge, sodass KiTa- Leiterin Wiebusch mit der Vorstellung der Kindertagesstätte „Zwergenhöhle“ in Stemmen fortfährt.

KiTa- Leiterin Wiebusch stellt sich zunächst selbst vor. Seit nunmehr drei Jahren sei sie die kommissarische Leitung der Kindertagesstätte „Zwergenhöhle“.

Die KiTa ist die kleinste Einrichtung in der Samtgemeinde. In einer altersgemischten Gruppe werden täglich Kinder im Alter von ein bis drei Jahren, nach dem Prinzip des bedürfnisorientierten Ansatzes, im Zeitraum von 07:30- 15:00 Uhr betreut.

Die komplette KiTa inklusive der Räume und der Ausstattung wird anschließend in einem Video gezeigt.

Auch zu dieser Präsentation ergeben sich keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder.

Ausschussmitglied Schnellrieder bedankt sich für die schönen Ideen der Präsentation bei den beiden Leitungskräften.

<b>TOP 5: Sachstandsbericht KiTa-Planung 2023/2024 Vorlage: 014/2023</b>
--

Ausschussvorsitzender Koch übergibt für Erklärungen zu diesem Tagesordnungspunkt zunächst an FD- Leiterin Seifer.

Sie erklärt, dass die Belegungszahlen aller Einrichtungen zum Stichtag 31.01.2023 sehr ausführlich in der Vorlage dargestellt wurden. Bisher konnte die Verwaltung alle Aufnahmeanträge positiv beantworten und es werde versucht auch alle Kinder an ihrem Wohnort in einer KiTa unterzubringen.

FD- Leiterin Seifer berichtet weiterhin, dass sich bis zur heutigen Sitzung weitere Änderungen ergeben haben, sodass zum Start des neuen KiTa- Jahres in den Einrichtungen in Fintel und Vahle keine freien Plätze mehr zur Verfügung stünden.

In den Gemeinden Lauenbrück, Helvesiek und Stemmen gebe es aktuell noch fünf verfügbare KiTa- Plätze, sowie vier freie Krippenplätze. Momentan würden des Wei-

teren auch ukrainische Kinder in den Einrichtungen betreut, hier sei aber nicht absehbar wie lange die Familien in der Samtgemeinde bleiben würden.

Ausschussmitglied Kleuter erkundigt sich aufgrund der knappen Platzkapazitäten nach den langfristigen Planungen der Verwaltung.

FD- Leiterin Seifer erklärt, dass die Schuleingangsuntersuchungen erstmalig bereits im November stattgefunden hätten. Alle Kinder, die bisher zurückgestellt wurden konnten so auch bereits in den Kalkulationen berücksichtigt werden. Weiterhin gebe es auch die Möglichkeit zur Anmeldung in die Vorschulgruppe in Scheeßel.

Für langfristige Planungen fänden momentan ebenfalls Gespräche mit der Gemeinde Stemmen statt, um zumindest eine Teilnutzungsmöglichkeit der alten Grundschule zu diskutieren. Die Verwaltung habe den Wunsch zur Nutzung dieser kundgetan.

Für Kapazitätserhöhungen in Fintel und Vahlde gebe es einige Ideen, diese seien aktuell noch nicht zur Vorstellung aufbereitet.

Ausschussvorsitzender Koch weist eindringlich darauf hin, dass sowohl der Politik als auch die Verwaltung klar sein müsse, dass die Samtgemeinde für die Zukunft in diesem Thema gut aufgestellt werden.

SGB Maier ergänzt, dass er über jede Idee zur Erweiterung oder zu verfügbaren Räumlichkeiten dankbar sei, diese könnten sowohl aus der Politik als auch von den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die neu eingerichtete Krippengruppe „Kleine Löwenburg“ in Lauenbrück und die schnelle Umsetzung und gute Zusammenarbeit aller.

Ausschussmitglied Intelmann berichtet, dass auch in einer Gemeinderatssitzung in Lauenbrück diskutiert wurde, wie der Sachverhalt der ausgelasteten Kitas zu bewerten sei. Seiner Meinung nach sei dies ein gutes Zeichen, das für ein Wachstum der einzelnen Gemeinden stünde.

Ausschussvorsitzender Koch erinnert an den zu fassenden Beschluss über die Schließung der Waldgruppe in Helvesiek.

Ausschussmitglied Brunkhorst erklärt, dass er die Schließung persönlich bedauerlich finde, diese aber nicht abzuwenden sei. Es sei eine spezielle Art der Betreuung, der als Mehrwert des Betreuungsangebotes gesehen werden sollte. Leider habe sich diese nicht durchgesetzt.

Der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend schlägt einstimmig vor,

dass der Betrieb der Waldgruppe in Helvesiek zum 31.07.2023 geschlossen wird. Der Pachtvertrag für die Fläche wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt. Die Umsiedelung des Bauwagens auf das Außengelände der Kindertagesstätte Bärenhöhle ist angedacht.

<b>TOP 6: Gebührenrückerstattung KiTa</b> <b>Vorlage: 015/2023</b>
---

Einleitend erklärt Ausschussvorsitzender Koch zu diesem Tagesordnungspunkt, dass seitens der Verwaltung entschieden wurde alle Kindertagesstätten in der ersten Januarwoche zu schließen und die Politik nun entscheiden solle, ob Gebühren erstattet werden. Er kritisiert, dass die politischen Vertreter nicht auch bereits in die Entscheidung über die Schließung mit einbezogen wurden, nun aber über einen positiven oder negativen Effekt der betroffenen Elternteile entscheiden sollen.

FD- Leiterin Seifer erläutert das Zustandekommen der Schließung Anfang 2023. So seien alle Einrichtungen schon seit Oktober immer wieder von Krankheitswellen sowohl beim Personal als auch bei den Kindern betroffen gewesen. Eine Notbetreuung wurde jederzeit versucht aufrechtzuerhalten, Urlaube seien verschoben und Überstunden geleistet worden. Dies sei aber nur bis zu einem bestimmten Maß vertretbar gewesen. Zum Schutz des Personals sei dann entschlossen worden die Schließtage um die ersten Januarwoche auszudehnen. Die Einrichtungen waren aufgrund der ohnehin schon nicht einheitlichen Schließtage unterschiedlich betroffen. Bei einigen Kitas seien so die Schließtage um zwei weitere Tage erweitert, bei einer anderen KiTa seien es aber tatsächlich fünf Tage gewesen, an denen die Einrichtung im Normalfall geöffnet gewesen wäre. Natürlich hätten auch viele Eltern ihren Unmut bei der Verwaltung kundgetan. Der Wunsch eines Entgegenkommens in Bezug auf die Erstattung der Gebühren sei nachvollziehbar. FD- Leiterin Seifer möchte an dieser Stelle aber besonders betonen, dass diese Schließtage nicht zusätzlich auf die geplanten summiert würden, sondern diese an anderer Stelle im aktuellen KiTa- Jahr bereits wieder gestrichen wurden.

Ausschussmitglied Zimmer erklärt, dass sie als Elternteil mit der Entscheidung zur Schließung nicht einverstanden gewesen sei, daher könne sie den Wunsch der Rückforderung der Gebühren nachvollziehen. Auf der anderen Seite könne Sie als Ratsmitglied auch verstehen, dass diese Entscheidung vor dem Sachverhalt der angespannten Haushaltslage schwer zu treffen sei. Generell halte sie es für schwierig, dass die Verwaltung über Schließungen, die Politik über den Umgang der finanziellen Mittel entscheide.

FD- Leiterin Seifer interveniert, dass beschlossen werden müsse, ob gegen die Satzung entschieden werden soll.

Ausschussmitglied Kleuter berichtet, dass sie als Elternteil von fünf zusätzlichen Schließtagen betroffen gewesen ist. Die Gesamtsituation müsse nun betrachtet werden. Ihrer Meinung nach, sei die Kurzfristigkeit der Mitteilung über die Schließung das Problem gewesen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Einrichtungen bereits seit ca. eineinhalb Wochen aufgrund der Weihnachtsferien geschlossen. Die Einrichtungen dann eine weitere Woche geschlossen zu halten könne sie schwer nachvollziehen. Weiterhin halte sie die Aussage, es würden keine weiteren Belastungen auf die Eltern zukommen, da an anderer Stelle Schließtage eingekürzt worden sind, für nicht richtig. Die Urlaube der meisten Elternteile werden weit im Voraus geplant und eben an diese mitgeteilten Schließzeiten getaktet. Auch die Elternteile müssten jetzt wieder umplanen und auf die Flexibilität von Arbeitgebern und Kollegen hoffen.

Auch die Aussage, dass schulpflichtige Geschwisterkinder aufgrund der Weihnachtsferien eh zuhause seien und viele Eltern daher Urlaub hätten und die Kinder zuhause

betreuen könnten, könne auch anders ausgelegt werden. Im Falle einer eingerichteten Notbetreuung wären so eventuell auch weniger Kinder zu dieser angemeldet worden. Diese hätte so aufrechterhalten und mit wenig Personal werden können. Die Gesamtsituation sei sehr ungünstig gewesen und alle Eltern mussten sehr kurzfristig agieren.

Als Politikerin möchte Sie betonen, dass seitdem sowohl das Verhältnis zwischen einzelnen Politikern und der Samtgemeindeverwaltung, als auch zwischen den Mitgliedsgemeinden und der Samtgemeindeverwaltung belastet ist.

SGB Maier erklärt seine Sichtweise. Er berichtet, dass er die Entscheidung zusammen mit seinem Team getroffen habe. Allen Fraktionsvorsitzenden sei diese auch im Voraus mitgeteilt worden.

Die zusätzliche Schließung resultierte aus den Krankheitsfällen der vorangegangenen Wochen und Monate. Es sei wochenlang am Limit gearbeitet worden. An dieser Stelle müsse er seiner Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeitern nachkommen. Er ist weiterhin überzeugt davon, dass diese Entscheidung richtig gewesen sei. Die Bestätigung hierfür sei die konstante Betreuung bei Wiederaufnahme der Betriebe im Januar. Natürlich konnten die festgeschriebenen acht Wochen Vorlauf zur Mitteilung nicht eingehalten werden. Die Verwaltung hätte alle Elternvertreter von Anfang an in die Entscheidungsfindung mit einbeziehen müssen. Hier seien Fehler in der Kommunikation passiert. Im Januar gab es daher eine Sitzung des Gesamtelternbeirates um die Situation gründlich aufzuarbeiten. Für die Zukunft gelte es, solche Situationen zu vermeiden.

Ausschussmitglied Schnellrieder erkundigt sich, um welchen Betrag hier diskutiert werde.

FD- Leiterin Seifer verdeutlicht die Kalkulation anhand einer Exceltabelle. Die höchstmöglich zu erstattende Summe liege bei ca. 5000.00 Euro.

Ausschussmitglied Schnellrieder erinnert an die überstandenen Probleme während der Corona- Pandemie und hält das Nachsinnen über die Situation im Januar für wenig weiterführend. Seiner Meinung nach könnten daher die Beträge in beiden Unterpunkten des Beschlusses erstattet werden.

FD- Leiterin Seifer verdeutlicht noch einmal ganz klar, dass es hier um zwei unterschiedliche Situationen gehe. Beschlusspunkt 1) befasse sich ausschließlich um die Rückerstattung der Gebühren aufgrund der kurzfristigen Schließung der ersten Januarwoche. Beschlusspunkt 2) behandle die generelle Erstattung der Gebühren bei Kürzung der Randzeiten oder Notbetreuung aufgrund von Krankheit. In der aktuell geltenden Satzung sei dies so nicht vorgesehen. In diesem Zusammenhang weist sie auch noch auf den zusätzlichen administrativen Aufwand hin.

Im weiteren Verlauf der Sitzung tauschen sich die Ausschussmitglieder über die unterschiedlichen Meinungen zu den möglichen Erstattungen aus.

Ausschussvorsitzender Koch möchte noch einmal klarstellen, dass die Schließtage an anderer Stelle wieder eingekürzt würden und somit auch finanziell keine Nachteile für die Elternzeile zu erwarten seien.

Der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend schlägt einstimmig vor,

- a.) Die KiTa-Gebühren sind entsprechend der Satzung für den Zeitraum 02.01. bis 06.01.2023 aufgrund der Schließung aus sonstigen betrieblichen Gründen nicht zu erstatten oder

Weiterhin schlägt der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend einstimmig vor,

Erstattung der KiTa-Gebühren aufgrund von Krankheit:

- a.) Die KiTa-Gebühren sind entsprechend der Satzung für die Zeiten der Randzeitenkürzung und / oder Notbetreuung aufgrund Krankheit nicht zu erstatten.

<b>TOP 7: Neufassung der KiTa-Satzung</b> <b>Vorlage: 101/2022</b>
---

Ausschussvorsitzender Koch erklärt, dass es bei den anvisierten Änderungen der KiTa- Satzung zum einen um die Vergabe von Betreuungsplätzen an Mitarbeiter der Samtgemeinde gehe, auch wenn diese ihren Wohnsitz nicht in der SGF haben. Zum anderen gehe es um weitere Schließtage in den Einrichtungen.

FD- Leiterin Seifer ergänzt, dass die Idee auch Mitarbeitern ohne Wohnsitz in der Samtgemeinde Fintel einen Betreuungsplatz anzubieten ursprünglich abgelehnt wurde. Bei Neueinstellungen und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sei dies aber nun wieder von besonderer Bedeutung.

Ausschussmitglied Zimmer berichtet, dass dieses Thema auch bereits in einer Elternbeiratssitzung diskutiert wurde. Ihrer Meinung nach sei dieses Vorgehen absolut richtig und auch wichtig umzusetzen.

Ausschussmitglied Kleuter erklärt, dass sie den Ansatz durchaus verstehe. Betrachte sie allerdings die fast vollständig belegten KiTas erachte sie es als schwierig, dies umzusetzen. Sie fragt, ob die Vergabe nicht an die KiTa Zahlen gekoppelt werden könnten. Des Weiteren sollte diese Möglichkeit nur dem Personal aus dem Bereich Kindergärten und Schulen angeboten werden, bspw. nicht dem Verwaltungspersonal. Es dürfte nicht vergessen werden, dass alle Mitarbeiter auch einen Anspruch in der Kommune hätten, in der sie lebten.

FD- Leiterin Seifer erläutert, dass die SGF ein Betreuungsangebot mit breit abgedeckten Tageszeiten habe. Dies sei in den (Nachbar-) Gemeinden oft nicht der Fall und daher wäre es ein Mehrwert für die Mitarbeiter. Generell gelte zudem der Gedanke der Gleichbehandlung, es könnte nicht nur einzelnen Personengruppen dieses Angebot unterbreitet werden.

Ausschussmitglied Schnellrieder ergänzt zur Aussage von Ausschussmitglied Zimmer, dass viele Einrichtungen erweitert werden müssten, um die Zukunft zu bewältigen. Daher müsse in diesem Schritt auch an ausreichend Personal gedacht und ein Mehrwert für die Arbeit in der Samtgemeinde geschaffen werden. Aufgrund der Gleichbehandlung müsse dies aber für alle Mitarbeiter gelten.



Beratendes Mitglied Boelter hält dieses Vorgehen für eine gute Idee, bezweifelt aber, dass dies die Problematik löst. Sie erkundigt sich nach den rechtlichen Vorgaben. Generell seien die vorhandenen Plätze ja für die Kinder der Samtgemeinde und es könnten nicht unbegrenzt Kinder anderer Kommunen aufgenommen werden. Sie zieht an dieser Stelle den Vergleich mit einem Betriebskindergarten.

Ausschussvorsitzender Koch hält dies für einen wichtigen Einwand und möchte diese Frage im Nachgang durch die Verwaltung klären lassen.

Ausschussmitglied Zimmer erklärt abschließend, dass die Plätze für das kommende KiTa- Jahr bereits vergeben sind. Bis Ende 2024 werde es somit weitere Erkenntnisse geben.

Ausschussvorsitzender Koch lässt über die Änderungen in den Paragraphen vier und sieben der KiTa- Satzung getrennt abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend schlägt einstimmig vor,

Die KiTa-Satzung soll wie folgt verändert in Kraft treten:  
-§ 4 wie vorgeschlagen

Weiterhin schlägt der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend einstimmig vor,

Die KiTa-Satzung soll wie folgt verändert in Kraft treten:  
-§ 7 wie vorgeschlagen

<b>TOP 8: Neufassung Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung</b> <b>Vorlage: 016/2023</b>
--

Ausschussvorsitzender Koch gibt bekannt, dass er zunächst für weiterführende Erklärungen an FD- Leiterin Stargardt abgeben, dann aber sogleich die Sitzung für die Öffentlichkeit öffnen möchte.

FD- Leiterin Stargardt berichtet über die Anpassungen der Friedhofssatzung. In Zusammenarbeit mit Mitgliedern der einzelnen Gemeinden, sowie Verwaltungsmitarbeitern wurde der vorliegende Entwurf erstellt. Unpraktikables wurde gestrichen, nicht korrekte Verweise erneuert. Zur Friedhofsgebührensatzung erklärt sie, dass die enormen Preissprünge daraus resultieren, dass die Gebühren seit mehr als 20 Jahren nicht angepasst wurden.

Ausschussvorsitzender Koch öffnet die Sitzung für die Öffentlichkeit um 20:24 Uhr.

Ein Zuhörer erklärt, dass er den vorliegenden Entwurf ausgiebig durchgearbeitet habe. Er kritisiert, dass die Friedhofssatzung bisher noch nicht in den einzelnen Gemeinderäten diskutiert wurde, was seiner Meinung nach geschehen müsse. Er persönlich habe noch einige Fragen zu dieser.

FD- Leiterin Stargardt erklärt, dass der Entwurf allen Bürgermeister\*innen mit der Bitte um Rückmeldung im Voraus zugesandt wurde. Es gingen keine weiteren Anmerkungen bei ihr ein.

Der Zuhörer erkundigt sich bei den anwesenden Bürgermeister\*innen, nach deren Meinung zu der vorliegenden Fassung.

Ausschussvorsitzender und BGM Koch erklärt, dass er die Neufassung ohne Bedenken mittragen könne.

Auch Ausschussmitglied und BGM Intelmann erklärt, dass er die Neufassung für eine sehr gelungene Version halte. Er werde diese auch noch mit dem Gemeinderat Lauenbrück besprechen. Zur Gebührensatzung merkt er an, dass die Preissprünge zwar enorm seien, er diese aber ohne Bedenken umsetzen möchte, da die Preise seit langer Zeit nicht angepasst worden sind.

Der Zuhörer stellt außerdem zur Diskussion, ob die Regeln nicht in allen Mitgliedsgemeinden gleich sein sollten. So erlauben einige Mitgliedsgemeinden bspw. laut §6 die Mitnahme von Hunden auf den Friedhof, andere wiederum nicht.

Auch zu den Themen Abräumung, Einebnung und gärtnerischen Gestaltung stellt der Zuhörer weitere Fragen.

Ausschussmitglied Intelmann ist der Meinung, dass nicht jeder Einzelfall in der Satzung abgedeckt werden könne. Themen, wie das Mitführen von Hunden könnten weiterhin von den Mitgliedsgemeinden unterschiedlich bewertet werden.

Auch Ausschussvorsitzender Koch ist der Meinung, dass es sich um eine juristisch gut ausformulierte Version handle. An dieser Stelle bittet er BGM und Ausschussmitglied Aselmann um seine Meinung. Dieser erklärt, dass er keine Kritik an dem vorliegenden Entwurf habe und diesen so beschließen könne.

Abschließend erklärt Ausschussvorsitzendem Koch, dass der Stellenwert der Friedhöfe für die einzelnen Generationen mittlerweile sehr unterschiedlich sei. Diese Neufassung sei eine gute Lösung für alle Generationen. Er schließt die Sitzung für die Öffentlichkeit um 20:34 Uhr und kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend schlägt einstimmig vor,

- a) Die Friedhofssatzung wird in der vorliegenden Entwurfsfassung beschlossen.

Weiterhin schlägt der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend einstimmig vor,

- b) Die Friedhofsgebührensatzung nebst Anlage zur Friedhofsgebührensatzung – Gebührentarif – in der vorliegenden Entwurfsfassung zu beschließen.

<b>TOP 9: Kooperationsvereinbarung mit dem Verein Hundefreunde Lauenbrück e.V. Vorlage: 013/2023</b>
--

Ausschussvorsitzender Koch erklärt, dass dieses Thema auch bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend diskutiert wurde.

In jüngster Vergangenheit kam die Frage auf, die Unterbringung der Fundhunde in Helvesiek für alle Nachbarn in Ordnung sei.

FD- Leiterin Stargardt erklärt, dass sie diesbezüglich mit Frau Fischer telefoniert habe. Frau Fischer habe sich bereits von fast allen Nachbarn das mündliche Einverständnis geholt, könne dies aber auch noch schriftlich nachreichen. Während dieses Gespräches wurde dann eruiert, dass es letztendlich gar nicht nur um eine eventuelle Lärmbelästigung gehe, sondern um die Unterbringung von aggressiven Hunden. FD- Leiterin Stargardt teilt die Idee mit, dass potenziell gefährliche Fundhunde nicht im privaten Zwinger in Helvesiek unterbringe. Aktuell gebe es noch einen gültigen Vertrag mit dem Tierheim in Brinkum, sodass diese auch dort untergebracht werden könnten.

SGB Maier ergänzt, dass die Einverständniserklärung möglichst bis zur Ratssitzung in der kommenden Woche vorgelegt werden können.

Ausschussvorsitzender Koch nimmt die Abstimmung vor.

Der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend schlägt einstimmig vor,

die Kooperationsvereinbarung mit dem Verein Hundefreunde Lauenbrück e.V. abzuschließen.

<b>TOP 10: Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters</b>
--

**a) Gesamtelternbeiratssitzung**  
-----

Wie bereits unter TOP 6 erwähnt, berichtet SGB Maier, dass am 19.01.2023 eine Gesamtelternbeiratssitzung stattgefunden habe, um das Thema der zusätzlichen Schließtage Anfang Januar aufzuarbeiten.

**b) Tierheim Mulmshorn**  
-----

SGB Maier erinnert an den Wunsch das Tierheim in Mulmshorn zu besichtigen. FD- Leiterin Stargardt ergänzt, dass dieser Termin möglichst an einem Samstag stattfinden solle. Vorgeschlagen wurden folgende Termine: 25.02., 11.03., 18.03. SGB Maier bitte um ein Meinungsbild in welchem Rahmen diese Besichtigung stattfinden solle.

Die Ausschussmitglieder tauschen sich diesbezüglich aus und entscheiden, dass es ausreichend ist, wenn sich die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend hierfür zur Verfügung stellen. Andere interessierte Ratsmitglieder könnten sich natürlich gerne anschließen.

Anmerkung zum Protokoll:

Eine Terminabfrage wird in Kürze durch FD- Leiterin Stargardt an alle Ausschussmitglieder versandt.

**c) Sachstandsbericht Asyl**  
-----

FD- Leiterin Stargardt gibt eine kurze Übersicht der aktuellen Zahlen.

Anmerkung zum Protokoll:

Der Sachstandsbericht ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Weiterhin berichtet FD- Leiterin Stargardt, dass momentan keine Deutschkurse stattfinden würden, da es an Räumlichkeiten fehle. Ideen diesbezüglich könnten gerne an sie gerichtet werden. Es wird besprochen, dass FD- Leiterin Stargardt sich weiterhin mit den aktuellen Zeiten der Kurse an Pastor Rüter wendet, da die Verwaltung auch die Räume der Kirchengemeinde zurückgegeben habe.

Ausschussvorsitzender Koch erkundigt sich nach der nötigen Ausstattung des Raumes für einen solchen Kurs. Laut FD- Leiterin Stargardt seien außer Tischen und Stühlen keine besonderen Ausstattungsmerkmale nötig.

Als Idee werden die Räume der alten Schule in Helvesiek und das Haus der Begegnungen in Fintel genannt. Die Eignung für einen Deutschkurs wird in den nächsten Wochen durch FD- Leiterin Stargardt geprüft.

In diesem Zusammenhang berichtet Ausschussvorsitzender Koch, dass dem Land Niedersachsen in den letzten Monaten mehr Asylsuchende als ursprünglich ange-dacht zugewiesen wurden. Aufgrund dieser Zahlen seien aktuell im Landkreis Ro-tenburg einige Turnhallen mit großem finanziellem Aufwand für die Aufnahme von Flüchtlingen umgerüstet wurden, diese stünden nun aktuell leider leer.

**TOP 11: Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**

**a) Erzieherausbildung für Quereinsteiger**  
-----

Beratendes Ausschussmitglied Boelter berichtet, dass sie einen Zeitungsartikel mit-gebracht habe, der darüber berichte, dass zukünftig auch Quereinsteigern die Aus-bildung zur Erzieherin/ zum Erzieher ermöglicht werden solle. Der Landkreis Harburg bilde aktuell Zusammenschlüsse und Kooperationen, um zu prüfen, wie dies umge-setzt werden könne.

**TOP 12: Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen der anwesenden Zuschauer gestellt.

Mit Dank an alle Beteiligten schließt Ausschussvorsitzender Koch die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend um 20:52 Uhr.

gez. Claassen  
Protokollführerin

gez. Maier  
Samtgemeindebürgermeister

gez. Koch  
Ausschussvorsitzender